

# Volksblatt

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle, Bezirk Merseburg



Das „Volksblatt“ erscheint mit tagesweisen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der sozialistischen und demokratischen Bevölkerung und umfasst den gesamten Reichsgebiet. Vertriebsstellen: Dr. Richterstr. 6, Bernburg-Altstadt, Nr. 2403, 2404, 2405. Persönliche Zustellung mitunter von 13 bis 14 Uhr. — Inseratamt: einlegen in Briefkasten Nr. 1000 bis 1009.

Bezugspreis monatlich 1,20 und 0,20 BZ. Beilagengebühr, insgesamt 2,10 BZ. für Wähler außerdem 0,40 BZ. Halbesonderpreis 2,10 BZ. durch Postamt anstellt 2,10 BZ. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 BZ. — Einzelpreis 13 Pf. im Einzel- und 80 Pf. im Heftenteil der Mitarbeiter, Druckerei- und Postgebühren: Dr. Richterstr. 6, Bernburg 2403, 2404, 2405. Verlagskonto 20319 Erlang.

### Wie lange noch?

#### Sozialdemokratisches Volksbegehren von der Papen-Regierung weiter verschleppt

Am 12. September, unmittelbar vor der Auflösung des Reichstags, hat die Sozialdemokratie ein Volksbegehren über die „Sozialpolitischen Maßnahmen“ der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 beantragt. Sie hat, wie es die Verfassung und das Gesetz über den Reichspräsidenten verlangen, einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf beim Reichspräsidenten eingereicht. . .

Damals sind, wie erinnert, von den Kommunisten die schmerzlichen Angriffe gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtet worden. Ihr Vorgehen wurde als Wanders für Papen, als ein einseitiger Betrug u. m. bezeichnet, und es hieß in der kommunistischen Presse wörtlich: „Herr v. Papen und die Unternehmer werden sich diesen Volksentscheid gern gefallen lassen.“ Der wilde Haß der Moskowiter gegen die Sozialdemokratie hatte sie wieder einmal blind gemacht. Sie können darüber, das das Volksbegehren sich nur auf einen Teil der Verordnungen beschränken sollte und ließen gänzlich außer acht, daß die übrigen Abschnitte dem Volksentscheid durch jene Bestimmungen der Verfassung entgegen sind, nach denen über den Haushaltsplan, über Abgabenerlasse und Bestimmungsgesetze nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen kann.

Wie richtig, so man kann sagen, wie richtig ist die Unterstellung gewesen ist, die Sozialdemokratische Partei habe im Interesse der berechtigten Regierung gehandelt und ihr geradezu einen Gefallen erwiesen, muß sich auch für den blödsinnigsten Kommunisten aus der Tatsache ergeben, daß heute, das heißt also nach mehr als einem Monat, von der Regierung bzw. dem Reichsministerium des Innern die Zulassung des beantragten Begehrens noch nicht ausgesprochen worden ist. Die amtlichen Stellen sind immer noch dabei, die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zu prüfen. Auch ein an den Herrn v. Papen in den ersten Tagen des Oktober gerichteten Erlauchen des sozialdemokratischen Parteivorstandes, diese Prüfung zu beschleunigen, ist bisher ohne Erfolg geblieben.

Aufrauf die Reichsregierung hinaus will, ist klar. Sie möchte den Standpunkt einnehmen, daß der sozialdemokratische Antrag trotz seiner Beschränkung auf die sozialpolitischen Maßnahmen der erwähnten Verfassungsbestimmung entgegenstehe, und daß also auch im vorliegenden Falle nur der Reichspräsident die Initiative zu einem Volksentscheid ergreifen kann. Ueber diesen Abweg des Artikels 73 der Weimarer Verfassung ist nicht nur von Staatsrechtslehrern, sondern ist auch im Reichsausschuß des Reichstags schon mehrfach diskutiert worden, und Anlaß dazu bot vor allem ein Antrag auf Volksbegehren über die Aufwertung. Damals hat sich das Reichsministerium des Innern unter dem beauftragten Herrn v. Rendell die Zulassung zu eigen gemacht, daß die einschränkende Verfassungsbestimmung „weit ausgelegt“ werden müsse, mit anderen Worten, daß ein die Finanzen des Reichs betreffendes Begehren nicht zugelassen werden könne. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im Reichsausschuß ist dieser Interpretation entschieden entgegengetreten. Die Bestimmung der Verfassung ist und dürfte nicht dahin ausgelegt werden, daß jedes Gesetz, das den Haushaltsplan irgendwie mehr oder weniger erheblich beeinflusse, ausgeschlossen werden müsse.

Wie liegen nun die Dinge bei den „sozialpolitischen Maßnahmen“ der Verordnung vom 4. September? Hier wird der Regierung die schon an und für sich verfassungswidrige mehr als zweifelhafte Ermächtigung erteilt, von sich aus Vorschriften zur Veränderung der Versicherungsätze und der Arbeitsverfassung zu erlassen, und eben auf Grund dieser Ermächtigung ist dann am 5. September die verhängnisvolle Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitslosigkeit ergangen. Willst du

## Nazikonflikt um Naziregierung

### Neuer Austritt in Thüringen wegen nicht erfüllter Versprechungen

#### Eigener Bericht

Weimar, 14. Oktober.

Der bisherige Geschäftsführer der agrarpolitischen Abteilung der Nationalsozialisten im Gau Thüringen Dr. Gunter ist aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetreten. Gunter hatte u. a. die verantwortliche Schriftleitung der Zeitschrift „Der Landwirt“ in Weimar erlassen, „Nationalsozialist“.

Der Austritt erfolgte, wie Gunter in dem kleinen deklamatorischen Blatt ausführlich schildert, wegen der Demagogie der Naziaktion. Vor ihrem Regierungsantritt haben die Nationalsozialisten das von der früheren Regierung erlassene Milchkreisgesetz scharf bekämpft. Jetzt sitzen sie in der Regierung, aber sie denken gar nicht daran, ihre Versprechungen wahr zu machen. Als sich Gunter dieser Lage in einer öffentlichen Versammlung gegen die Naziemagoge wandte, indem er die Aufhebung des Gesetzes

forderte, antwortete der Nazi-Vollzugsleiter mit seiner Amtsenthebung. Gunter schreibt darüber wörtlich: „Ich mußte noch am gleichen Tage die Affen abgeben und auch das Zimmer räumen. Der Geschäftsführer der Nazi-Regierung wollte mich nicht einmal Zeit lassen, meine eigenen Schriften und Sachen herauszunehmen. Ich mußte ihn erst auf dem nationalsozialistischen Grundhof der Kühlung vor dem Eigentum aufmerksam machen.“

## Fememord in Braunschweig!

### Auf den Spuren eines furchtbaren Naziverbrechens

#### Eigener Bericht

Braunschweig, 14. Oktober.

In der braunschweigischen SA. ist in den letzten Tagen viel Blut geflossen. Jetzt wird Braunschweig durch die Nachricht eines Fememordes erschüttert. Auf der Landstraße zwischen Gernsleben und Oberförde wurde der Handlungsgehilfe Wilhelm Campe aus Salzwehde ermordet aufgefunden. Die Leiche lag am Straßeneck. Der Mörder war von fünf Schüssen aus einer 9-Millimeter-Schliemannpistole durchbohrt. Zwischen dem Opfer und seinen Mörder lag ein fetter Hampf Strohstundchen liegen, denn das Gesicht weist viele Strohstundchen auf.

Die überörtlich leistungsfähige Fahndung ist schon daran, wenn ihre vorgeschrittenen Schritte aus dem Leben fliehen aber wenn sie, bei Campe, anheben von ihren früheren Kameraden umgebracht werden.

Der Oberstaatsanwalt hat eine Beschlagnahme von 1000 Mark für die Entgeltung des Raumes angeordnet. Er wird höchstwahrscheinlich in anderen SA.-Gemeinden Deutschlands, hauptsächlich unter geflüchteten Namen, Unterschlupf finden. Die braunschweigische Polizei gibt an, daß der Führer des Wagen als Täter zweier Mordtaten aussehe. Sie verweigert jede Auskunft darüber, wer den Wagen geleihert hat. Auch über die anderen Mordtaten wird zunächst jede Auskunft verweigert.

### Hargburger Reile

Am Freitag vormittag wurde auf den Chefredakteur der braunschweigischen „Köliner Zeitung“ Marwede ein Überfall von Nationalsozialisten verübt. Der Nazi-Preisleiter Binder drang mit zwei Nazis in die Redaktionsräume des braunschweigischen Chefredakteur drang ein, daß Marwede mehrere stark blutende Schlagverletzungen davontrug, die zum Teil genäht werden mußten. Ferner wurde die Brille und die Uhr des Überfallenen zertrümmert. Mit Hilfe des herbeigerufenen Notarztes, dem ebenfalls die Brille geschnitten wurde, gelang es Marwede schließlich, die Nazis an die frische Luft zu befördern. Nachmittags fand hierüber Bericht von dem Köliner Schriftführer bereits seine gerichtliche Sühne. Der Nazi-Preisleiter Binder wurde wegen seiner „Hebeld“ zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

### Böllig aufgelklärt!

#### Eigener Bericht

Braunschweig, 14. Oktober.

Der Fememord an dem Nationalsozialisten Wilhelm Campe aus Salzwehde wurde sehr schnell aufgelklärt. Campe wurde aus einem Auto gestossen und dann durch sieben Schüsse getötet; vier haben die Brust, zwei den Kopf und einer den Hals getroffen. Als Mörder wird der flüchtige Kellner Walter Raune gesucht. Raune war in der Stadtwache der SA. in Braunschweig tätig und wohnte in dem SA.-Gau am Westtor-Wall. Von diesem SA.-Gau nahmen viele Überfälle ihren Ausgang.

sich das Reichsministerium des Innern darauf berufen wollen, daß die Ermächtigung, wie es im Text heißt, gegeben sei „zur Erhaltung der sozialen Ordnung“ (meine Ironie!) und „zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen“.

Ganz ohne Rücksicht aber auf die grundsätzliche Ermägung, nach der eine Nichtzulassung von Anträgen auf Volksbegehren nicht deshalb ausgeschlossen werden kann, weil die Anträge irgendwie die Finanzen des Reichs beeinflussen, ist auf die Gefahr hinzuweisen, daß sich durch irgendwelche Anwendung über finanzielle Maßnahmen im Zukunft jede Verordnung gegen ein Volksbegehren die- und sich selbst machen ließe. Sondernfalls kann es keinem Zweifel unterliegen — und die Bestimmungen über die Lohnkürzungen beweisen es —, daß für die sogenannten sozialpolitischen Maßnahmen nicht finanzielle Überlegungen in erster Linie maßgebend gewesen sind, sondern Rücksichten auf das, was die Re-

gierung die Wirtschaft nennt und was sich richtiger unter dem Begriff des kapitalistischen Unternehmertums zusammenfassen läßt.

Eine Verweigerung der Zulassung des sozialdemokratischen Volksbegehrens würde also, wie wir ausdrücklich feststellen, weder mit dem Wortlaut noch mit dem Sinn der Verfassung zu vereinbaren sein. Auf alle Fälle aber muß es sehr furchtbar berühren, daß die Regierung eine so lange Zeit gebraucht, um zu einer Entscheidung zu kommen. Der Tatbestand ist einfach und klar, daß selbst wenn man ihn verdunkeln will und wenn man sich bemüht, Zusammenhänge zu konstruieren, die in Wirklichkeit nicht bestehen, so müßte man schon längst zu einem Ergebnis gelangt sein. Die Zeit gebraucht, um zu einer Entscheidung zu kommen, über eine Volksbegehren und der Entscheidung über eine Zulassung eine so lange Frist verschrieben, und wir erinnern beispielsweise daran, daß das be-

rühmte Staatsbegehren auf ein „Gesetz gegen die Verfassung des deutschen Volkes“ von dem Minister Seegering zwei Tage, nachdem es beantragt worden war, zugelassen wurde.

Wir haben unter diesen Umständen das Recht, von Verschleppungsabsichten der Regierung zu sprechen. Die Vermutung liegt nahe, daß sie die Zulassung verweigern will, daß sie aber andererseits aus wahlpolitischen Gründen die Ablehnung, über deren Wirkung sie sich klar ist, nicht vor dem 6. November aussprechen möchte. Gemäß kann sie sich formal auf das Fehlen einer Fertigstellung im Gesetz stützen. Doch für eine solche Ausrede werden die Arbeiter, um deren Interessen es geht, kein Verständnis besitzen. Sie werden die Verschleppung des Begehrens als Mißachtung auslegen und daraus bei der Wahl die Schlussfolgerung ziehen.

Rudolf Brattscheld.

# Die Antwort Preußens

## Die hypothetischen Examenfragen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig

Eigener Bericht

Der Staatsgerichtshof tagt weiter und die periodischen Erörterungen plätschern in einseitiger Gemütslichkeit dahin, als ob es nicht einen 20. Juli und eine Papen-Rebe in München gegeben hätte. Man spricht vergeblich viel, um von dem Kern der Dinge abzulenkten und in Vergeßlichkeit geraten zu lassen, daß am 20. Juli die verfassungsmäßige Regierung des Landes Preußen wider Recht und Gesetz aus ihrem Amt entfernt worden ist, und daß eine „Regierung“ der Kommissare des Reichs selbständig die Staatsgewalt in Preußen ausübt.

Der Staatsgerichtshof soll die ganz einfache Frage prüfen, ob die gemalfame Entfernung der Minister Preußens mit der Verfassung in Einklang steht oder ihr widerspricht. Um solche Entscheidung vorzubereiten, wird erörtert etwa nach dem Muster: 1. Was ist Verfassung? 2. warum ist Verfassung verletzung? ufm. Das Spiel kann ins Endlose fortgesetzt werden.

Heute begann die Verhandlung mit einer einschläfernden Prozedur. Der Reichspräsident der Kommissare, Professor Schmidt-Berlin redete eine lange und breite Betrachtung über die Möglichkeiten der Diktaturgewalt, die sich bei Anwendung des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung ergeben. Für Studierende und solche, die es werden wollen, ein abstraktes Beispiel der Buchstabengetreue. Schmidt kam zu dem Resultat, daß die Maßnahmen des Reichskommissars nach dem 20. Juli ein Minimum dessen darstellen, was notwendig ist, um die Autorität des Reiches durchzuführen. Nach dieser langen und keineswegs fruchtbringenden Erörterung Schmitz stellte Ministerialdirektor Bredt die Antwort in ein paar knappen Worten wieder auf die Füße.

Er wies nach, daß die Diktaturgewalt nach Art. 48 Abs. 2 schon gewisse logische Grenzen finde. Eine Verordnung könne 2. B. nicht eine Verordnung in ein Gesetz umwandeln, könne nicht aus einem Land ein Reich machen. Außer diesen allgemeinen logischen Grenzen aber beständen noch sehr übereinstimmender Meinung der Wissenschaft für die Diktaturgewalt noch Gesetzmäßigkeiten, die nicht überschritten werden dürfen.

Alle Gelehrten seien 3. B. darüber einig, daß der Reichspräsident nicht das Recht habe, den Staatsgerichtshof abzuschaffen. Es stelle sich immer mehr heraus, daß auf Seiten der Linke die ganze herrschende Lehre der Wissenschaft stehe, während bei der Reichsregierung tatsächlich nur die Bank der Außenpolitik sei.

Zum Schluß seiner Ausführungen gab Ministerialdirektor Bredt eine ausführlich formulierte Antwort auf die getrennt vom Bredt gestellten „hypothetischen Examenfragen“. In dieser Antwort heißt es wörtlich:

1. Einem nach Artikel 48 Absatz 2 gestellten Reichskommissar kann die vollständige Gewalt übertragen werden. Er kann daher — von gewissen unübertragbaren Angelegenheiten abgesehen — sämtliche Handlungen an die Beamten und selbst an die Minister im Rahmen seiner Aufgabe, die öffentliche Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen, erlassen. Anordnungen, die nicht dieser Aufgabe, sondern anderen Zwecken dienen, kann er nicht erlassen.

2. Der Reichskommissar kann Instruktionen an die Vertreter Preußens oder eines anderen Landes im Reichsrat nicht erteilen. Er hat dieses Recht in Anspruch genommen, sogar in Angelegenheiten, die — wie z. B. das Schiedsgericht und bisher sämtliche Reichsratsverfahren seit dem Juli — nichts mit der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und Sicherheit zu tun habe. Ob ein Reichskommissar unter besonderen Umständen in einer bestimmten, die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung betreffenden Reichsratsfrage den Ministern Anordnungen über ihre Instruktionserteilung geben kann, steht hier nicht zur Entscheidung.

3. Wenn es zur Zusammenarbeit zwischen dem Reichskommissar und den sechs Ministern gekommen wäre, hätte die Zusammenarbeit nichts daran ändern können, daß Instruktionen für den Reichsrat und die Ernennung neuer Bevollmächtigter für den Reichsrat rechtlich nur von den Ministern und ihren Stellvertretern ausgehen konnten. Zu prüfen wäre in diesem Falle gewesen, ob an Stelle des durch Krankheit oder freiwilligen Urlaubes oder auch unfreiwilligen Ausscheidens der verletzten Ministerpräsidenten der verbleibenden Minister dabei die Führung unter den Ministern hinsichtlich der Richtlinien der Politik gehabt hätte. Auch in diesem Falle hätte der Reichskommissar selbst rechtlich Instruktionen nicht erteilen können.

Praktisch würde sich eine solche Zusammenarbeit möglicherweise freiwillig ohne Rücksicht auf diese rechtlichen Grenzen gestaltet haben.

4. Die Minister Preußens können im Reichsrat nicht die von den preußischen Provinzialverwaltungen gestellten Bevollmächtigten gegenüberstellen, sondern nur einseitlich die Stimme des Landes Preußen abgeben.

Als Sachberater der Reichsregierung nahm Professor Jacoby in Leipzig an der Frage Stellung. Er war mit der Sache nicht so einfach anzusehen wie der Bredt, obgleich die herrschende Lehre eine Maßprüfbarkeit in gewissem Maße zugestehet. Er selbst aber halte an der Meinung

fest, die er schon 1920 öffentlich vertreten habe, daß die Maßprüfung der 48er Verordnung nur dem Reichstag, nicht aber einem Gericht zustehen. Eine Ueberwindung des Reichsgedankens könne zum Schaden des Staates ausfallen, und deshalb müsse man eine weite Zurückhaltung in der Anlegung des Rechtsmaßstabes an politischen Entscheidungen üben.

Von prüflicher Seite wurde demgegenüber noch einmal betont, daß zweifellos nachzuweisen sei die Voraussetzung, daß die Maßnahmen der Verordnung bestimmt sein müsse zur Anbahnung der Landesregierungen zur Pflichterfüllung gegen das Reich. In Wirklichkeit habe man z. B. den Ministerpräsidenten Braun und den Minister Severing nicht „zur Pflichterfüllung“ angehalten, sondern direkt davon abgehalten! Die anderen Minister, z. B. der Wirtschaftsminister, der Justiz- und der Landwirtschaftsminister hätten mit dem Vorwurf überhaupt nichts zu tun, die gegen Preußen erhoben wurden. Es liege also eine offensichtlich über die Verletzung der dem Reichsrecht gegenüberstehenden Grenze vor. Daß es dem Reichskommissar gar nicht allein auf die Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung ankomme, habe er in seinem Schreiben an den Landtagspräsidenten Karl ausdrücklich zugegeben. Dort nimmt er für sein Kommissariat die vollen Befugnisse der Staatsregierung in Anspruch. Die rigorose Aus-

gestaltung der Verordnung und ihre Folgen zeigen, daß andere Zwecke verfolgt wurden als die offiziell angegebenen.

### Verhandlungspause

Am Schluß der Nachmittagspause machte Präsident Dr. Bredt darauf aufmerksam, daß eine Verhandlungspause bis Montag eintreten müsse. Er empfahl den Parteien, inzwischen doch zu überlegen, ob nicht noch Änderungen an den Anträgen erfolgen sollten. Auch innerhalb des Staatsgerichtshofs sollte man sich bemühen, ob nicht der Staatsgerichtshof noch gewisse Änderungen vorschlagen solle, denn der Staatsgerichtshof könne in dieser wichtigen Sache doch nicht schlicht an sich begründete Anträge etwa aus formalen Gründen abweisen.

Darauf wurde die Verhandlung auf Montagvormittag verlagert.

Nach den Schlußausführungen und den etwa vorzunehmenden Änderungen an den Anträgen werden sodann die zunächst zurückgestellten prozeduralen Vorfragen behandelt, insbesondere die Frage der Mit- und der Vollbefugnis, sowie die Frage, ob überhaupt ein Verfassungstreit nach Art. 19 der Reichsverfassung vorliegt.

## „Urteil“ vor der Untersuchung

### Wertwürdige Berichterstattung im Ausschuss des Preußenlandtages

Der Untersuchungsausschuss des Preußischen Landtages, der die Beziehungen der Preußenliste zur Domänenbank untersuchen soll, hielt am Freitag eine Sitzung ab, die der deutschnationalen Vorherrschaft gegen den Befehl des Ausschusses einberufen hatte, weil seine Meinung nach das vom Bericht erstatter vorgelegte Material so wichtig wäre, daß seine Zeit mehr verloren werden dürfe, um es der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Damit war der parteipolitische Gesichtspunkt dieses Untersuchungsausschusses genügend dargelegt. Der deutschnationalen Berichterstatter Steuer hielt eine Rede, die sich auf die Informationen aus dem preußischen Finanzministerium stützte. Anschließend hat man im Finanzministerium den deutschnationalen Antrag auf Unterbreitung der Geschichte der Preußenliste als einen Befehl ausgelegt und Vernehmungen, die eigentlich der Ausschuss vorzunehmen hat vorgenommen, um sie den deutschnationalen Antägern auszubringen.

Der Berichterstatter trug das ihm übergebene Material vor, wonach angeblich die Preußenliste für politische Zwecke Geld hergegeben habe, und zwar unter Überleitung auf verschiedene andere Banken. Präsident Repper habe diese Zusammenhänge aus einem Sonderkonto gemacht. Staatssekretär Dr. Weggen seien Darlehen übergeben

worden, von denen aber der Berichterstatter zu geben mußte, daß sie wieder zurückgezahlt sind. Die Stadt Köln habe über eine Bank 12 Millionen Mark Darlehen erhalten, und schließlich sei der „Rheinischen Volkszeitung“ über andere Banken ein Betrag von 2.300.000 Mark zugewendet worden. Der Berichterstatter, der dem Ausschuss nur die Tatsachen vorgezogen hatte, erlaubte sich bereits das Urteil vorzunehmen und von Schließungen, strafbaren Handlungen und ähnlichem zu reden. Den Nationalsozialisten gab das Veranlassung zu dem Antrag, den Bericht des Berichterstatters an die Staatsanwaltschaft zu senden, damit die Staatsanwaltschaft Verhaftungen vornehmen soll, um einer Verdunkelungsgeschichte, Kollisionsgeschäfte und einer Täuschung der „Angelegten“ vorzubeugen.

Der Ausschuss, der diesen Antrag mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten annahm, macht sich mit diesem Befehl geradezu lächerlich. Schließlich ist der Bericht des deutschnationalen Berichterstatters noch lange kein Beweis, und für die Beurteilung darüber, ob strafbare Handlungen vorgenommen worden sind, ist die parteipolitische Berührung, die vor den Wahlen betrieben wird, wirklich nicht die richtige Maßstäbe. Die Sozialdemokratie kann dieser Unterbreitung jedenfalls mit völliger Ruhe entgegengehen.

## „Viermächte-Konferenz“ in Genf?

### Englisch-französische Einigung in London

Aus Paris wird gemeldet: Der Dual d'Orsay gab am Freitagnachmittag folgende dem King's Mitteilung aus:

„In der Downingstreet hat gestern und heute ein Meinungsaustausch zwischen Macdonald, Simon und Herriot über den britischen Vorschlag einer Konferenz zwischen Frankreich, England, Deutschland und Italien stattgefunden, der den Zweck haben soll, die Schwierigkeiten zu lösen, die sich gegenwärtig in Genf geltend machen. Die Minister haben sich in der Auffassung geeinigt, daß die Konferenz die vier oben genannten Mächte umfassen soll, und daß Genf der geeignete Tagungsort ist.“

Die britische Regierung sucht infolgedessen um die Zustimmung der beiden anderen Regierungen nach. Die Konferenz wird offiziell und präliminären Charakter tragen. Gegenstand der Tagung ist Prüfung und Vorschlag von Mitteln, die geeignet sind, der Abrüstungskonferenz die wirksame Wiederaufnahme des gemeinsamen Werkes im Rahmen des Völkervertrages zu gestatten.

### Deutschlands Weigerung!

Die Entschiedenheit der deutschen Weigerung hat in England überaus großes Interesse. Die deutsche Regierung hat sich einer Beteiligung zu überreden. Der „Daily Herald“, der besonders viel Verdacht für die deutsche Forderung nach Abschließung der Tagung hat, begründet in seinem Leitartikel, daß gerade Genf als Tagungsort gewählt wurde. Ebenso sind andere Blätter der Meinung, daß der Sachverhalt Genf der richtige Treffpunkt ist für eine Konferenz, die nichts weiter darstellt, als eine Vorberingung für die Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz.

## Razi-Gesetze für Betrüger!

### Auch das sind Gemeuerer!

Die Brüder Schufsen, Seligson und intime Freunde des Herrn Hitler, hatten es sehr eilig mit dem Dritten Reich. Antares, Betrug und Unterschlagungen von nahezu einer Milliarde Mark sollten verdetet und verurteilt werden. Der Gutstelliger von Borheim, in dessen Haus die bekannten Dokumente verdetet worden sind, war aus gleichen Motiven glücklicher Hitler-Anhänger. Sein Gut ist inzwischen zwangsversteigert worden. Zu den zahllosen Fällen ähnlicher Art stellt sich jetzt in Berlin der des Landgerichtsdirektors Willibald v. Rebel-Barnow.

Rebel-Barnow war nicht nur Raziemann, sondern auch eifriger Mitarbeiter der Stappresse. Erst vor wenigen Tagen hat er im Berliner Razi-Blatt einen Artikel veröffentlicht mit der Überschrift: „Das Gebot der Stunde! Razi-Verordnung zur Regelung von Privatgeldern“, in dem er die Streichung der Privatgeldern verlangte. Warum — erzählte uns am Freitag eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Charlottenburg, in der sich der fromme Razi-richter wegen Betruges und Intreue, begangen an einem Richteramt, zu verantworten hatte. Dieses Gerichtsvorhaben ist jedoch nur ein kleines Vorspiel für die kommenden. Der Freitag für das Dritte Reich und für die Streichung seiner Verpfichtungen schadet keinen betroffenen Bürgern die nette Summe von etwa vierhunderttausend Mark, es kann auch eine halbe Million werden, wenn sich alle gemeldet haben. Natürlich will jetzt der abige Herr nicht insinieren sein, langen Verhandlungen folgen zu können, und außerdem will er noch beweisen, daß er „unzurechnungsfähig“ ist und Anspruch besitzt auf den § 51.

Vordem aber war er lange genug zurechnungsfähig, Arbeiter und kleine Diebe ins Gefängnis zu schicken, Schulden zu machen, zu begaunern, zu betrügen, Artikel für die Stappresse zu schreiben und für das Dritte Reich zu kämpfen. Es ist nicht rechtig genug gekommen und so wird wohl auch dieser Hitler-Anwalt ins Gefängnis wandern, sofern es ihm nicht, wie den Schufsen, gelingt, Hitler-Anwälte und eine Hitler-Kaution zu stellen.

## Latrinparolen der Nazis

Bon nationalsozialistischer Seite war behauptet worden, daß falls der neue Reichstag den neuen Verfassungsentwurf nicht annehme, noch im gleichen Monat eine Nationalversammlung nach Potsdam einberufen werden müsse. Bon unfähiger Seite wird hierzu erklärt, daß das Reichsministerium keinerlei Eventualentschlüsse gefaßt habe. Es schweben auf keinerlei Pläne, die auf die von nationalsozialistischer Seite angedeutete Richtung schließen ließen.

## Wieder ein Zeitungsverbot!

### Eigener Bericht

Ausf. 14. Oktober. Das sozialdemokratische „Kasseler Volksblatt“ ist am Freitag bis einschließlich Dienstag, den 18. Oktober, verboten worden. Die Kasseler Papenheimer nahmen eine Kritik der Münchener Papen-Rebe zum Anlaß des Verbots.

## Mord

In Aidersdorf (Neumark) hat der 17jährige Landwirtschaftslehrling seinen 20jährigen Freund Richard Schulz, gleichfalls Sohn eines Bauern, in einem Anfall von furchterlichem Jähzorn mit einer Wagnenwinde erschlagen. Er ist die Schwester Schulz, die ihrem Bruder beizuhelfen versuchte, wurde von Schulz schwer verletzt. Der Täter ist verhaftet worden.

## Maulsch

Der Revolutionsrat hat dem Wiener Schmurrgericht zu sechs Jahren schwerenerkers verurteilten „Eisenbahnkassierer“ Eilfried Maulsch ist vom obersten österreichischen Gerichtshof verurteilt worden.

## Kreuzer-Rauf v.

In der Svends Franska-Kunstgalerie in Stockholm beginnt am 31. Oktober die zweite Rauf-Kreuzer-Aktion.

## Einruuf und Frodam

Verbraucher verurteilen am Freitag morgen einen Raffensiebdruck im Postamt Berlin-Buchholz. Als die Täter sich entzogen hatten, schickten sie durch einen Fernsprecher; ihre Bunte konnte ihnen abgejagt werden.

## Meine Lante, deine Lant

In Berlin-Gatow hoben Beamte des Spielers des jenseits der Berliner Kriminalpolizei einen in einer Privatwohnung untergebrachten Spielklub, in dem u. a. gemerobachtet das verbotene „Meine Lante, deine Lant“ gespielt wurde. 17 Personen wurden zwangsgeführt; ein Koffer mit Karten verließ der Beschlagnahme.

## Kreuzer-Bruder verhaftet

Der Bruder des Hindolbühnigen Kreuzer, Generalrat Josef Lorsten Kreuzer, ist in Vollziehung genommen worden. Lorsten Kreuzer war Direktor einer zum Kreuzer-Kongress gehörenden Gesellschaft, deren Durchführungsmethoden betrügerischer Art gewesen sein sollten.



## Sichere dein Wahlrecht!

Die Wahlzettel für die Reichstagswahl am 6. November liegen in der Zeit vom Sonntag, dem 16. Oktober, bis einschließlich Sonntag, dem 22. Oktober, in der Zeit von 9-13 und 15 bis 18 Uhr, Sonntags nur von 9-13 Uhr, in der Halle der Werkschule, Charlottenstr. 16, zur Einsicht der Wähler aus.

Wer die Wahlzettel für unrichtig oder unvollständig hält, kann Einwendungen dagegen bis zum Schluß der Auslegungsjahre vorbringen. Einsprüche, die erst später erhoben werden, haben keine Aussicht auf Erfolg mehr. Wer Einspruch erhebt, muß auch in der Lage sein, Beweismittel für seine Angaben vorzulegen zu können.

An der Wahlzettelung kann sich nur beteiligen, wer in der Stimmliste eingetragen ist oder wer nach § 9 der Reichstimmengesetz einen Eintrag einreichen hat. Der letzte Tag zur Ausstellung von Stimmlisten ist der 4. November. Einen Wahlzettel erhält jeder Wähler, der in eine Wahlzettelung eingetragen ist, wenn er sich am Wahltag am entsprechenden Ort vorfindet. Ein Wahlzettel erhält aber nach Ablauf der Stimmfrist keine Wohnung in einem anderen Bezirk.

## Schiedsgericht für Bergbau-Angestellte

Der Reichsarbeitsminister hat in den Tarifvertragsstellen als Sondergericht den mitteldeutschen Schlichter Ministerialrat G. O. Schild (Leipzig) bestellt, der die Tarifparteien für Freitag zu Verhandlungen nach Leipzig geladen hat. Nach mehrwöchigen ergebnislosen Einigungsverhandlungen sollte die Schlichterkammer folgenden Schiedspruch:

Die Schlichterkammer vom 18. Januar 1932 (St. Rechtsg. vom 18. Januar 1932) vom 19. Januar 1932) mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 zu beider in Kraft getreten. Die Tarifverträge vom 31. Dezember 1932 getrennt werden. Die Angelegenheiten werden dem Schiedsgericht zufließen.

## Theaterarbeitertarif weiter in Kraft

Das für die Theaterarbeiter Mitteldeutschlands zum Reichsmantelarbeitertarifvertrag für die Gemeindearbeiter und Arbeiter anderer öffentlicher Betriebe und Vermögenen abgeschlossene Ergänzungsabkommen vom 27. März 1930, das infolge Kündigung abgelaufen war, ist für den Monat Oktober wieder in Kraft gesetzt worden.

## Wo es keine NSD. gibt

Schließung bei Wegelin & Götter abgelehnt. Gelesen fanden Verhandlungen wegen des geplanten Lohnabbaues zwischen der Firma und der Betriebsvertretung statt. Die Vertretung mußte einsehen, daß ihr Anschlag auf den geschlossenen Widerstand der Arbeiter folgen würde; sie zog den Lohnrückgang ab und beschloß, die geplanten Lohnsenkungen werden ohne Lohnabgabe erfolgen.

Dieser Erfolg über die Metallindustriellen ist dem letzten Zusammenstoß der Arbeiterkraft zu danken. Bei Wegelin & Götter gibt es keine NSD., darum auch keine Duestreiter und Schauer. Die Begriffe dieses Sieges in der Metallindustrie kann nur sein: Klart ist die Kraft der freien Gewerkschaften!

## Wieder verbilligte Kartoffeln.

Am Montag beginnt im Gewerkschaftshaus wieder die Kartenaussgabe für den Wegelin der verbilligten Kartoffeln. Bis zum Montag müssen für alle vor dem 15. Oktober gelieferten Karten die Kartoffeln abgeholt werden. Im Erzeugerabnehmer erfolgt heute nachmittags von 3-6 Uhr die Ausgabe auf die Nummern bis 1700, in der Kartellierkassette auf 1301 bis 1600 und im Volkspark auf 1101 bis 1200. Am Montag werden im Erzeugerabnehmer und in der Kartellierkassette die Kartoffeln auf die Nummern bis 1700 nach im Volkspark bis 1200 ausgegeben.

## Des Geistes Schwert

Der Film vom Marxismus läuft am kommenden Freitag, dem 21. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volksparks“.

## NSD. Halle eröffnet mit überfüllter Kundgebung den Wahlkampf

# Kampf gegen alle Fronten der Reaktion

## Reichstagsabg. Aufhäuser: Alle Kraft für unser Endziel Sozialismus

Der große Saal des „Volksparks“ und seine Galerien waren gestern dicht gefüllt. Man sah besonders viele Angestellte und Beamte, die gekommen waren, den Führer des Reichsbundes Genossen Aufhäuser zu hören. Und es kann festgesagt werden: Diese Kundgebung der Reichstagsabg. Aufhäuser war ein eindrucksvoller Auftakt zum 6. November. Die SA-Jugend, die noch beim vorigen Wahlgang den Versuch unternommen hatten, die SA-Berufsammlung zu zerschlagen — was ihnen allerdings übel bekommen war —, hatten es gestern vorgezogen, fern zu bleiben. Sie hatten zum Ziel in der berufsspezifischen SA-Berufsammlung „zu tun“, und zum Klammern in mehreren gegnerischen Berufssammlungen reichte es bei Adolf Hitler keine mehr.

Genosse Aufhäuser gab einen Überblick über die politischen Ereignisse der letzten Zeit. Dabei rechnete er zuerst scharf mit den Nazis ab, wobei er unüberhörbar feststellte, daß Adolf Hitler allein die Schuld daran trägt, daß die heute von ihm so geschmähte Regierung der „reinen Leute“ und reaktionären Barone an der Macht ist. Aber Aufhäuser befruchtete sich nicht allein auf den Kampf gegen den Faschismus. Der Hauptteil seiner Ausführungen galt der völkerverfeindlichen Politik der Papenregierung. Hier verpflichtete er den Widerstand und die Unzufriedenheit des Wirtschaftsprogramms der Reichs-

regierung, erklärte sich scharf gegen die angeführte Verfassungsänderung, deren Hauptziel die Befestigung demokratischer Volksrechte ist und demotisch die Forderung, daß für die Sozialdemokratie dieser Wahlkampf ein Ringen um Demokratie und Gegenwartssozialismus ist. Die sehr bekannte Führer der freien Arbeiterbewegung allen Jubelern aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies der mehrfache stürmische Beifall, den seine Ausführungen fanden.

Nach Aufhäuser sprach dann die Genossin Anna Schob, die sich besonders an die Frauen wandte und ihnen die Bedeutung des kommenden Wahlkampfes darlegte. Sind doch bei der angeführten Papenreform Verfassungsreform auch Pläne laut geworden, den Frauen das ihnen von der Sozialdemokratie 1918 gegebene Wahlrecht wieder zu nehmen. Wir werden am Montag die Rede der Kandidatin unseres Wahlbezirks noch eingehender würdigen.

Die prächtig verlaufene Kundgebung, die umrahmt war von aufstrebenden Waffenträgern der Reichsbannerwehrliga und des Fanfarenkorps der NSD., stand aus in einem Schlußwort des Vorsitzenden Genossen Schaumburg, alle Kraft einzusetzen für einen Sieg der Sozialdemokratie am 6. November. Mit drei stürmischen Freizeitsingen schloß die Massenversammlung diese Kundgebung zu einem wichtigen Gedächtnis.

zeichnete. Wir sehen in dem Kampf zwischen Hitler und Papen den Kampf zwischen Sozialismus und Feudalismus. Beide gehören zusammen. Es gibt für die Arbeiterklasse kein kleineres Übel von beiden. Es gilt für sie, den Kampf nach drei Fronten zu führen. Der Kampf Papen-Hitler ist der Kampf des absterbenden Kapitalismus gegen eine seiner eigenen Verfallsprodukte. Daher wird der Kampf der Arbeiterklasse gegen diese reaktionäre Reaktion zu grundsätzlicher und historischer Bedeutung.

Es kommt in diesem Kampf darauf an, ob sich die breite Front der Schaffenden zusammenfindet, um den Weg zur Abklärung der alten, den Weg zu einer neuen Wirtschaftsordnung zu finden.

Deshalb muß die Forderung des Sozialismus in der Vorberandung unseres Wahlkampfes stehen. Aufhäuser freizeitsprach eingeleitet das Papenreformprogramm „zur Behebung der Wirtschaft“. Er kennzeichnete es als den letzten Versuch des bankrotten Kapitalismus, zusammengebrochene Betriebe mit staatlichen Mitteln zu retten. Papen selbst hat gesagt, daß, wenn der Plan mißlingt, das Ende des freien Unternehmertums gekommen sei. Steuererhöhungen und Lohnabbau, das sind die Anreize, mit denen Herr von Papen die Wirtschaft unterdunkeln will. Was unsere Wirtschaft fehlt, das sind nicht Maßnahmen, sondern das ist der Kampf. Der Erneuerungsbedarf liegt im Konflikt der beiden Kräfte. Papen macht auf der einen Seite Steuererhöhungen, um die Wirtschaft anzukurbeln, und fügt auf der anderen Seite die Löhne — er regt die Produktion an und schwächt den Konsum. Wo ist da noch Raum für den Kampf? Das ist die Frage. Wo ist die Notwendigkeit der Sozialpolitik? Wo ist die Notwendigkeit der Sozialpolitik? Wo ist die Notwendigkeit der Sozialpolitik? Wo ist die Notwendigkeit der Sozialpolitik?

## Es bleibt dabei: Ohne Hitler kein Papen



Kampf, helfen die Nazis ihren Rücken hin? Jetzt sind sie die betrogenen Betrüger. Am 13. August löste Hitler sein Versprechen, die Regierung von Papen weiter zu tolerieren, nicht ein, weil er es nicht einlösen konnte. Deshalb stellte er die unerhörten Forderungen an Hindenburg, bis als eine Vorbedingung zur Machtübernahme gelten sollten. Deshalb forderte er von Hindenburg

dreier freie Bahn für die NSD., um 5000 Toner marktspezifischen Gegner vernichten zu können.

Seit dem 13. August geht Hitler mit seinen Anhängern immer mehr zurück. Aus dem „Marsch auf Berlin“ wurde ein Rückmarsch. Heute mühte er gern über jeden Umweg in die Gewaltmacht gelangen. Heute spielt er sich sogar als Führer der Demokratie auf, die er einst als das System der Faulheit, Dummheit und Feigheit be-

## Jeder vierte Hallenser lebt von Unterstützung

### Die Winternothilfe ruft zu einer Diskussion auf

An die Bürger von Halle richtet sich nachfolgender Aufruf:

Wermals erbebt die Winternothilfe ihre fürsorgliche Stimme. Bisher einmal haben die Bürger von Halle geholfen, härteste Not zu lindern, in der Hoffnung, daß die Not getrocknet und es im Reich, im Lande und in unserer Stadt wieder aufwärtsgehen werde. Diese Hoffnung hat getrogen. In immer noch lauter des Schicksals Schreie auf uns. Welche Kreise der Württembergischen das lange Wort der öffentlichen Fürsorge seit Jahr und Tag, ohne Hoffnung, ohne Lichtblick. Dar jeßlicher Mittel kommen immer neue Schicksale Hüßbüchertiger hinzu.

hinterleben und Kriegsbeschädigten, der Erwerbslosen, wo immer sie unterdrückt werden, sind herabgesetzt. Laut und eindringlich ruft die Winternothilfe alle Bürger von Halle, die noch zu geben in der Lage sind, zu tätiger Nächstenhilfe auf.

Die Winternothilfe ruft jeden, der noch hat, zu geben, das ihm entsprechend ergeht. Alles: Geld, Lebensmittel, Kleidung, Schuhe und sonstiger Hausrat ist willkommenes Hilfe. Sie wird sammeln in den Häusern und auf der Straße, wo immer Hilfebereite sich finden. Jede, auch die kleinste Gabe hilft große Not lindern.

Neben 50 000 Bedürftigen stehen in öffentlicher Fürsorge. Jeder vierte Hallenser wird öffentlich unterstützt.

Schmäler sind die Mittel der Fürsorge geworden. Die Renten der Witwen und Waisen, der Rentnerinnen und Sozialrentner, der Krieger-

Geld und, Hallenser, wie im Jahr zuvor! So nur kann die Not tausender gemindert werden.

Stadtmitteln und Co. Volkshilfsverband. Caritasverband. Nützliche Volkshilfsvereine. Arbeiter-Volkshilfe. Christliche Arbeiterhilfe. Vaterländischer Frauenverein. Altershilfe. Städtisches Jugend- und Fürsorgeamt.

Sonnabend  
**Am 29. Oktober ist Weltspartag!**  
Spare und bringe Deine Rücklagen zur  
**Stadtparkasse zu Halle**

















# Papens Schlagworte der Scharfmacher

## Münchener Kuriositäten

Die Regierung der Barone hält sich selbst für eine sehr starke Regierung. Die Kritik, die in der Deutschland steht, genügt ihr noch nicht. Anders läßt sich die Programmrede des Reichskanzlers in München nicht erklären.

Der Kanzler begnügte sich, kurz und scharf, einfach wieder einmal die Schlagworte der Scharfmacher gegen die Gewerkschaften zu wiederholen. Im wesentlichen mag es nur einen Versuch, seine Behauptung, der „Wohlfahrtsstaat“ oder — wie er sich jetzt auszubilden befindet — der „Verorgungsstaat“ schwäche die moralischen Kräfte der Nation, zu rechtfertigen. Er meinte, die scharfe Kritik an seinem Angriff gegen den Wohlfahrtsstaat geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Er leidet der Ansicht, daß die Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts in einem viel zu hohen Maße den Arbeitgeber aller Grade von der wichtigen Pflicht entlastet habe, zu allererst für den Arbeitnehmer zu sorgen. Gerade indem der Marxismus planmäßig die Wirtschaft durch untragbare Lasten zerrüttet habe, sei er der Hauptschuldige an dem Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen. In die Stelle des marginalen Begriffs der staatlich reglementierten Fürsorge setzte die Regierung den Begriff einer wahren christlichen Volksgemeinschaft!

Ein grandioser Irrsinn! Der „Verorgungsstaat“ soll die Arbeitgeber unlosig gemacht haben! Die armen Arbeiter aber nur durch ein Übermaß an Fürsorge des Staates für die Arbeitnehmer verdohlert! Schon bei dem ersten Angriff gegen die Arbeitslosenversicherung gegen die Sozialreformisten mit diesem Schwinkel gegen die Gewerkschaften zu Felde.

Ähnungswort Beuten, die damals diesen Schwinkel treu und brav nachplapperten, konnte

man damals noch verzeihen. Heute aber, nach den Erfahrungen der großen Krise, kann sich ein Mann, der den Posten des Reichskanzlers inne hat, mit solchen Worten nur lächerlich machen.

Manch der Arbeitgeber ist nur ein Dieb, auch bei ihm hört am Gehalt die Fremdenhilfe an. Wenn er z. B. in seinem Betrieb feststellt, daß die Leistung abnimmt, oder daß es mit mehr Maschinen und weniger Arbeitsträgern mehr Profit ergibt, dann wird er eben Arbeiter entlassen. Er wird sie nicht mit Beweisen entlassen, aber er wird sie entlassen, und weder der Staat noch sein Gewissen hindert ihn daran. Ohne Arbeitslosenversicherung keine Arbeitslosen — das ist die Herrschaft, die sich über den „Verorgungsstaat“ aufregt. Man muß aber wirklich auch noch einen deutschen Reichskanzler darauf aufmerksam machen, daß es Länder gibt, die keine Arbeitslosenversicherung haben und doch für sich die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten — die Arbeitslosenversicherung beträgt brühen mehr als 12 Millionen — auch von der Einführung der Arbeitslosenversicherung? Drüben gab es keinen „Verorgungsstaat“. In Deutschland haben die Arbeitgeber, deren Privatinitiative Herr von Papen neu beisehen will, stets diesen Mangel als Vorzug Amerikas gerühmt.

Der Marxismus soll an dem Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen schuld sein, weil er planmäßig die Wirtschaft durch untragbare Lasten zerrüttet habe. Der Reichskanzler scheint die sozialen Einrichtungen über die Ursachen der Krise der Sozialversicherung, die in den letzten zwei Jahren gestiftet wurden, verschließen zu haben. Die Krise der Sozialversicherung ist eine Folge der Wirtschaftskrise und nicht der sozialen Posten. Weil die Beitragseinnahmen infolge der

Arbeitslosigkeit zusammenschumpfen und die Ausgaben — zum Teil wiederum infolge der Arbeitslosigkeit anormal steigen, kamen die einzelnen Zweige der Sozialversicherung finanziell in Verlegenheit.

An die Stelle einer staatlich reglementierten Fürsorge will Herr v. Papen eine „wahre christliche Volksgemeinschaft“ setzen. Wir haben nicht vergessen, Einseitigkeit ist aber diese christliche Volksgemeinschaft noch nicht da. Einseitigkeit ist der Kapitalismus da, und weil der da ist, kommen nur ohne staatlich reglementierte Fürsorge nicht aus. Einseitigkeit muß selbst die Regierung der Barone wohl oder böse noch mit dieser staatlich reglementierten Fürsorge auszuweichen versuchen. Herr von Papen hat ja in München nun ebenfalls wie schon vor Wochen der Reichsarbeitsminister auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften erklärt — wie oft werden wir es vor den Wahlen noch zu hören bekommen — daß die Arbeitslosenunterstützungslage wieder etwas erhöht werden sollen und daß auch in der Kranken- wie in der Rentenversicherung die durch die Notverordnungen geschaffenen Härten des Bestimmungsbereiches gemildert werden.

Wenn diese Milderungen nur endlich einmal kämen! Noch sind sie nur versprochen, noch weiß niemand, wie sie ungefähr ausfallen werden. Kommt wirklich eine Milderung auf der ganzen Linie? Sie würde dringend notwendig. Wir glauben aber nicht recht daran, und wir haben auch einigen Grund, zu misstrauen.

Unser wieder Herr von Papen reden, daß nachfolgend nur in der Arbeitslosenversicherung, nicht aber in der Sozialversicherung die Härten gemildert werden sollen, weil das zu viel Kosten verursache. Eine solche untergeschleiche Verhandlung würde nach unserm Dafürhalten sehr wenig zu dem schönen Ideal von der „wahren christlichen Volksgemeinschaft“ passen.

## Wo Nazis regieren...

Braune Parteibuchwirtschaft und Staat

Von Dresden wird uns geschrieben: Im Freistaat Oldenburg, der seit bald vier Monaten eine rein nationalsozialistische Regierung hat, spielen sich die politischen Dinge außerordentlich schnell ab. Das Land befindet sich in einem argen Finanznotstand, der zur Folge hatte, daß an einzelnen Orten den Parteiführern schon seit Monaten das Gehalt nur teilweise ausgezahlt werden konnte. Darüber hinaus hat die Regierung sämtlichen Beamten am 1. Oktober eine neue Kürzung ihrer Bezüge befohlen, die sich je nach der Höhe des Amtes zwischen 3 und 20 Proz. betrug. Oldenburg finanziell und fiskalisch demotiert sind demnach gegenüber die am leichtesten in bezuglichen Beamten in ganz Deutschland.

Und das in einem Lande, wo die Nazis von ihrer Machtübernahme täglich im Postamt eine Karte erhalten, sobald sie an der Regierung wären, würde sich alles zum Besseren wenden.

Auch auf allen anderen Gebieten haben die Nazis in Oldenburg aus peinlichster Verlogung mit aller Entschiedenheit wandten sie sich noch kurz nach ihrer Machtübernahme gegen einen vorläufigen Staatshaushalt. Aber kaum waren sie zwei Monate im Amt, als zum Verdruß aller Bauern und Schäfermeister die erst so versetzte Schatzsteuer verhängt wurde!

Ganz einseitig ist die Personalpolitik der Regierung. Daß man gleich zu Anfang das aus drei Ministern bestehende Kabinett ganz für sich mit Beschlag belegt hat, ist bekannt. Ebenso daß der Landtag radikal ausgeschaltet wurde. Man fürchtet dessen Kritik an den Dingen. Der einzige im Kabinett beschäftigte sozialdemokratische Angestellte wurde gefeuert. Zwei sonst autokratische Schürke wurden aus ihren Positionen entfernt, angeblich weil von ihnen Widerstände gegen den von der Regierung beabsichtigten neuen Schulturn zu erwarten seien. Und das Resultat ist, daß man, nachdem man schon die Regierungspräsidentenstelle in Göttingen mit einem nationalsozialistischen Abgeordneten besetzt hat, jetzt auch die Präsidentenstelle in Braunschweig einem Nationalsozialisten will.

Der gegenwärtige Regierungspräsident, der zu den Demokraten zählt, hat zwar seit zwölf Jahren in seinem Amt; man hat sich nicht gewöhnt, daß gegen ihn etwas vorläge, nun aber kommt die Regierung und will dort einen Wandel vornehmen, um an die Stelle, die einen Juristen erfordert, einen Nationalsozialisten zu setzen, der von Beruf Kaufmann ist, zu setzen.

Das hat nun die Beamtenhaft auf den Plan gerufen. Der Plan war doch als zu durchführig. Just die Partei, die sich früher nicht genug tun konnte in der besten Schimperei über die angeblich „unhaltbare“ Beamtenpolitik des „verwahrlosten Systems“, jetzt diese macht solche Beschlechte. Insbesondere sind es die Nationalsozialisten, die jetzt Sturm gegen den Ministerpräsidenten, der seinen Beamtenumgang gegenüber wieder täglich auf die Bundesbank, Sturm laufen. In die Enge gedrungen, behauptet nun die Regierung, der Ministerpräsident wäre nicht mehr tragbar, da ein Teil der Bevölkerung „argwöhnisch“, er hätte während der Bekämpfung in Bitterfeld mit den Franzosen „sympathisiert“, Nationalität eine gang und ab unwiderrückbar „Argwöhnung“, die sich ganz gewiß nur auf die bürgerlichen Reizstoffe erstreckt, denn Herr Dörflinger, der Beamte, schon längst ungenügend für Rollens und ist die Gefährliche geworden durch die Behauptung der Regierung, sie habe zur Zeit keinen geeigneten Juristen zur Hand und müßte darum den Nationalsozialisten Witz, einen Kaufmann (!), dorthin senden.

Dabei gibt es in Oldenburg Dutzende von höheren Beamten, die sich für diesen Posten eignen. Freilich sind sie nicht Mitglieder der Nationalpartei. Aber damit will die Ministerialkommission die oberen Beamten im Freistaat verhältnismäßig zurückzuführen gegenüber dieser Partei geworden.

Es ahnen einmal, daß es mit der nationalsozialistischen Herrschaft nicht allzu lange Zeit währen wird; zum anderen sollten sie sich an der ewigen öffentlichen Schimperei des Ministerpräsidenten absetzen, die bereits in seinen Kreisen einen Umsturz herbeiführt hat.

Das jüngste Beispiel ist der Streit Oldenburg mit der evangelischen Landesregierung, der damit endete, daß der Oldenburger Oberkirchenrat Klage gegen den Ministerpräsidenten eingereicht hat. Der Streit nahm seinen Ausgang von dem Vortrage eines scharfgesprochenen Missionspredigers, der, aus Afrika stammend, in deutlicher Sprache auf Veranlassung der obersten Kirchenbehörde in Nordwestdeutschland die Klage vorbrachte. Der Ministerpräsident behauptete diese Haltung der vorantworlichen kirchlichen Personen mit den höchsten Ausdrücken und Drohungen.

## Aufzorderung!

Dänemark hat eine rote Regierung

Seit drei Jahren hat die Sozialdemokraten als stärkste Partei in der Regierung geführt und haben erst vor kurzem bei den Gemeindefeststellungen neuerlich Stimmen gewonnen.

Schweden: eine Marxistenmehrheit

Bei den jüngsten Wahlen gewann die Sozialdemokratie 165 000 Stimmen und 14 Mandate und bildet als weitest starkste Partei die Regierung. Mit den Kommunisten zusammen hat sie die Mehrheit der Wähler hinter sich.

Kopenhagen und Stockholm

die beiden Hauptstädte, haben rote Verwaltungen.

Schweden und Dänemark

sind die beiden einzigen europäischen Länder, die bisher mit der Adaption ertragreich gemacht haben. Was sie an Rüstungen erfahren, geben sie für Volkshilfe aus.

So sieht's bei den nordischen Vätern aus!

In Dänemark und Schweden hat sich die arischgermanische Rasse am reinsten erhalten: dort gibt es nur blonde „nordische“ Menschen, keinen „schwarzen“ Einschlag, fast keine Juden.

Aber es gibt dort auch keine Nazis!

Die wahren „Nordischen“ wollen nichts von Faschisten wissen! Ihre Länder sind Kulturländer der Demokratie und des Sozialismus!

Faschismus herrscht im Süden und Osten — nordisch sind sozialistische Reichshelms und Arbeiterregierungen!

So wollen auch wir uns aufordnen!

Werbt für Liste 2

Zurück zum Dreiklassenwahlrecht

Ein Abtler sagt: „Das will ich auch“

In einer Deputationskündigung in Berlin-Charlottenburg, die sich mit der neuen Bezirksverfassung beschäftigt, erging sich der Führer der deutschen Nationalen Sozialdemokratie, Herr von Jodan, in Insubordinationen. Der Sozialdemokrat Germet hat ihn entgegen, daß sein Oberantrag zurück zum Herrschen und zum Dreiklassenwahlrecht führe. Herr von Jodan rief darauf: „Das will ich auch!“ Die Herren halten es nicht mehr für nötig, ihre

vollstehenden Pläne zu verbergen. Ganz offen bekennen sie sich zu den unwürdigen Unrechtsbestimmungen des alten Systems. Am 6. November haben die Wähler zu entscheiden, ob sie Herren wieder da sei in die deutigerer Hand geben oder ob sie es endgültig zum Teufel lassen wollen!

Nazi-Messerschnecker gegen Stahlhelmer

Eigener Bericht

Hamburg, 14. Oktober. In der Nacht zum Freitag kam es in Hamburg an der Ecke Spandauer und Henrichstraße zu einer blutigen Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelmlern. Zwei Anhänger des Stahlhelms wurden durch Messerschnecker so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Die verlegten Nationalsozialisten wurden nicht ermittelt. Die Polizei hat bisher unter dem Verdacht der Witterung eines Nationalsozialisten festgenommen, der sich im Besitz eines Brownings befand.

## Für die Demonstrationsfreiheit!

Gegen die Bevorzugung des Stahlhelms / Eine sozialdemokratische Forderung

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat sich dieser Lage an das Reichsministerium des Innern gewandt, um eine Aufhebung oder Forderung des Verbots für Versammlungen unter freiem Himmel zu erreichen. Der Reichsminister des Innern hat nun in einem Schreiben vom 13. Oktober mitgeteilt, daß er sich nicht in der Lage sehe, der Anregung zu entsprechen, „da die Voraussetzungen für eine derartige Maßnahme noch nicht erfüllt sind“.

Dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei war mitgeteilt worden, daß zwischen der Reichsregierung und dem Stahlhelms Verbanden eine allgemeine Gefallenentrichtung am 1. und 2. November im Gange wäre, die also vier Tage

vor der Wahl, an Stelle des sonst üblichen Totenmontags, dem 20. November, stattfinden sollte. Dabei ist beabsichtigt, für den 1. und 2. November einen allgemeinen Bürgerfesten anzuordnen, so daß die einzelnen Parteien gegenüber dem Stahlhelms, der die Gefallenentrichtung notwendig zu parteipolitischen Zwecken ausgefallen würde, benachteiligt würden. Der Reichsminister des Innern teilt auf eine dahingehende Anfrage lediglich mit, daß der Erlaß eines allgemeinen Bürgerfestens für den 1. und 2. November nicht beabsichtigt ist. Auf die Mitteilung, daß Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Stahlhelms stattgefunden haben, antwortet er nicht.

Ein Wilhelm Kröger ist einer der Kurzgelebten. Gestern dahingegangen. Für Mecklenburg war er eine repräsentative Figur. Freunde hatte er überall in Deutschland, sie werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

## Heberfall auf Parteiblatt

Eigener Bericht

Das Gefäßhaus der sozialdemokratischen Zeitung „Das freie Wort“, in dem sich auch die Büros der Schweriner Arbeiterorganisationen befinden, wurde heute früh wieder das Opfer eines Heberfalls von Nationalsozialisten. Sowohl die Schaufenerarbeiten in der Kellertreppe als auch die in der Wisnariengasse wurden mit gefüllten Flaschen eingeworfen.

## Wilhelm Kröger gestorben

Nach längerer Krankheit ist er in der Nacht zum Freitag der bisherige Parteiführer in Hofort und langjähriger Reichstagsabgeordneter für Mecklenburg, Wilhelm Kröger, gestorben. Kröger, der im 60. Lebensjahr stand, konnte auf eine mehr als 40jährige Tätigkeit in der Partei zurückblicken. Denn schon als 18jähriger Teilnehmer an der 1848er Revolution, war er in der Folgezeit in der Bewegung der Arbeiterbewegung tätig. Als Kandidat des Halbesandenerverbandes, dann als Parteiführer war er jahrzehntlang in seinem Heimatlande tätig. Die Revolutionszeitlich ist ihm als Präsidenten des verlassenen Mecklenburger Landtags für Mecklenburg-Schwerin. Über auch der Nationalversammlung in Weimar gehörte er an und seit 1920 dem Reichstag.

**Von heute**

**Am Niedrigplatz**  
400 610 815 Uhr  
Sonntag ab 2.30 Uhr

**Der stärkste Publikumserfolg!**

**Gr. Ulrichstr. 51**  
400 610 815 Uhr  
Sonntag ab 2.40 Uhr

**Frühstück-Pilze**  
stehen - der  
Ausschlag ist  
verwunderlich!

**Schauburg**  
400 610 815 Uhr  
Sonntag ab 2.40 Uhr

**Freude!  
Lachen!  
Jubel!**

**Bereins-Kalender**

Der Osterreze der G. B. S. ...

**Stadtbühne**

**Die - oder keine**

**Tarzan**

**Schauburg**

**Stadtschützenhaus**

**COMEDIAN-HARMONIS**

**Vorverkauf:**  
Irlan. H. K. K. K.

**Die Volkshochschule**

beginnt Montag, den 17. Oktober 1932

Karten in den bekannten Verkaufsstellen

1832 **100** 1932

Aus Anlaß unserer 100jährigen Geschäfts-Jubiläumswir haben wir auf Piano, Harmonium und Flügel **10 Proz. Sonder-Rabatt** auf die sonstgemäß schon herabgesetzten Preise.

**Pianofabrik Kaefer**

Gegründet am 7. August 1832 in Halle.

Waisenhausring 1 B (am Frankoplatz) 4093

**Reli**

Freude, Jubel, Stimmung!

Alle werden mitgerissen durch **Frau Lehmann's Töchter!**

Das sensationelle Tonfilm-Lustspiel mit Fritz Kampers, H. Klingenberg, Hans Niese, Hertha Thiele, Ilse Hoyer.

**Wittmann-Pier, vormals Gabel Schwanenweg 100a 107**

**Bierhaus Engelhardt**

Die Gaststätte für jedermann bietet das Beste in Speisen u. Getränken zu zeitgemäßen Preisen

Jeden Sonntag ab 4 Uhr:

**Künstler-Konzert**

4-Uhr-Tanz-Tea

ab 6 Uhr:

**Tanz-Abend**

Seal und Klubzimmer frei!

**Möbelstoffe**

Bavor der Winter kommt, lassen Sie noch Ihre Polstermöbel erneuern!

RM.

la Wolf-Moqueté p.m. 6,90

Gobelinstoffe . . . p.m. 2,75

Gabelwebte Möbelstoffe . . . p.m. 5,50

Chiné, gebildet p.m. 3,20

Cretonne . . . p.m. 2,20

**Trotzsch**

Halle (S.), Gr. Ulrichstraße 1

**Kauft nur bei unseren Inferenten**

**Halle.**

EN.3. Sonntag, 18. Okt., Monatsversammlung. Wir treffen uns heute früh 10 Uhr am Lutherplatz (Börsenturm).

**zudem Besich.**

EN.3. Sonntag, den 18. Oktober, 10 Uhr, im Hotel Meißel: Mitgliederversammlung. Referent: Herr Müller (Halle). Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

**Wegweiser.** Sonntag, den 18. Oktober, 10 Uhr, im Hotel Meißel: Kaffeestunde. Thema: Wegweiser und Hilfeleistungen. Referent: Herr Müller (Halle). Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

**Einladung.** Sonntag, den 18. Oktober, nachm. 3 Uhr, im Hotel „Kaiserhof“: Ueberlebtenversammlung. Die Ueberlebtenversammlung ist Pflicht.

**Einladung.** Sonntag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, bei Frau, Wäldchen-Reisenort: Mitgliederversammlung. Nachmittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung. Die Ueberlebtenversammlung ist Pflicht.

**Einladung.** Sonntag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Hotel Meißel: Mitgliederversammlung. Referent: Herr Müller (Halle). Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

**Einladung.** Sonntag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Hotel Meißel: Mitgliederversammlung. Referent: Herr Müller (Halle). Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

**Einladung.** Sonntag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Hotel Meißel: Mitgliederversammlung. Referent: Herr Müller (Halle). Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

**Einladung.** Sonntag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Hotel Meißel: Mitgliederversammlung. Referent: Herr Müller (Halle). Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

**Umzüge**

waren blüht aus

**Halle'sche Einbohlen**

Jägergasse 2 Fernr. 21422

**Illustrierter Neue Welt Kalender 1933**

ist soeben in der bekannten guten Ausstattung zum Preise von 50 Pfennig erschienen.

Bestellungen nehmen sämtliche Ausleger dieser Zeitung entgegen.

**Volksblatt-Buchhandlung**

Halle a. S., dr. Märkerstraße 6.



**Jetzt können Sie bei Huth Betten studieren!**

Huth eröffnet heute eine **Betten Ausstellung**

**Das Bett-komplett**

über die verschiedenen Arten von Betten, besonders denen, Ihre Verwendung wie auch ihrer Füllkraft.

Die Ausstellung steht im II. Stock. Jedermann ist freundlich eingeladen.

Kaufweg kennen wir nicht

**HUTH**

Zur gefl. Kenntnisnahme, daß die **staatl. Lotterie - Einnahme Abramowitz, Gr. Ulrichstr. 40** nach dem Ableben meines Mannes nunmehr von mir in unveränderter Weise weitergeführt wird.

Frau Selma Abramowitz

Ziehungsbeginn der I. Klasse am 21. Okt. 1932

Glücks-Lose noch erhältlich.

1/2 Los = RM. 5,- 4095

**Oefen**

Reisener email Meißner Kachel.

**Voss-Herde**

für Gas, Kohle- und elektr. Heizung

**Voss-Gaskocher u. Gruden**

Badeöfen und Wannen, Waschkessel

Reparieren von Oefen und Herden.

**F. Lindenhahn**

Königsstraße 8 4094

**Kinderbettstelle**

Hotz, weiß lackiert, ca. 70 x 140 cm

RM 19<sup>75</sup>

**Metalbettstelle**

weiß, m. guter Stahlfeder-matratze, ca. 90 x 190 cm

RM 16<sup>50</sup>

**Inlett**

echterdilig dämmendicht

Maßmarken:

ca. 80 cm breit. Pfr. 1 30

130 . . . 2 20

**Federn**

weiß, sehr feinfädig

Spezialmarken:

Mund 3 50

RM 3 50

**Walhalla**

Sonntag 3 Vorstellungen!

Stadion, 2 Uhr:

Der Frischling mit dem Schwert

Stückpreis: 0,50 bis 1,25 RM.

Sie jung und alt.

4 und 8 Uhr:

Landes- u. Reichs-Straßen

Stadion, 0,50-2,00

Opern- u. Stüber

0,50-1,00 RM.

Montag (Freitag)

Die Operette

Stückpreis:

Reise Pöppel

Stückpreis: 0,50 bis 1,25 RM.

Ad. W. W. W.

**Zoologischer Garten**

Sonntag, den 16. Oktober, 4 Uhr

**Nachm.-Konzert**

des großen Zoo-Orchesters

Leitung: BENNO PLÄTZ

**Zoologischer Garten**

**Benne-Platz-Kammer-Orchester**

Einladung zum Abonnement auf 4 Symphonie-Konzerte unter Leitung namh. Solisten

Abonnementkarten zu RM. 5,00 (auch in Raten zu RM. 3,00 und RM. 2,00 zahlbar) bei Hothan, Roter Turm u. an den Zoo-Kassen.

**Obsthörden u. Kartoffelfritten**

erhalten Sie am preiswertesten bei

Leoni Kuchel, Smd., Halle

Burgstraße 13, Tel. 2564

**3905 Auf Teilzahlung**

Waschkommoden mit Marmor

Schränke mit Wäscheeinrichtung

Kredenzen

Vitrinen

Teppiche kompl.

Küchen mit Aufwaschtisch

**Wochen Rate Mk. 3,-**

**Eichmann & Co.**

Halle a. S.

Große Ulrichstraße 36

Große Ulrichstraße 51 (Eingang Schulstraße)

**Unsere Leser berücksichtigen bei Einkäufen nur unsere Inserenten**

**Zurück! 4005**

Augenarzt **Dr. Großmann**

Gr. Steinstr. 29

**Zurück! 4045**

**Dr. Schlieff**

Hauptstr. Leipzig Straße 100

Sprechst. täglich 10-1/2-2, außerdem Montag, Mittwoch u. Freitag nachm. 1/2-1/2-2 Uhr.

**General-Versammlung**

am Sonntag, dem 23. Oktober 1932, nachmittags 2.30 Uhr, im Weithaus

„Der neuen Welt“

Tagungsordnung:

- Bericht über das Geschäftsjahr 1931/32; Resolutionen über die Jahresrechnung; Bericht über die Verwaltung; Bericht über die Wertung der Vermögenslage.
- Wahl eines Vorstandes.
- Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern und Ergänzung.
4. Geschäftliche.

Stimmrecht haben nur Mitglieder und deren Ehegatten. Das Mitgliedsbuch ist als Ausweis vorzubringen.

Der Geschäftsanwalt: H. W. W. W.

**Für Wiederverkäufer!**

zu extra billigen Preisen eingetroffen.

4049

**Trikotagen und Strickwolle**

immer vorrätig

**Sally Biletzki**

Landwehrstr. 10.

**Immer die schönsten und dabei billigsten**

**Wochen Rate Mk. 3,-**

**Eichmann & Co.**

Halle a. S.

Große Ulrichstraße 36

Große Ulrichstraße 51 (Eingang Schulstraße)

**Immer die schönsten und dabei billigsten**

**Wochen Rate Mk. 3,-**

**Eichmann & Co.**

Halle a. S.

Große Ulrichstraße 36

Große Ulrichstraße 51 (Eingang Schulstraße)

**Unsere Leser berücksichtigen bei Einkäufen nur unsere Inserenten**